Internationaler Aufruf von Lüttich:

Stimmt mit NEIN! Unterstützt das NEIN zur Europäischen "Verfassung"

Am 30.4. fand in der belgischen Stadt Lüttich auf Einladung des Komitees für das Nein zur Europäischen Verfassung ein öffentliches Meeting statt, an dem Sozialdemokraten aus Frankreich und Deutschland teilnahmen. Dort wurde die nachfolgende Resolution verabschiedet.

Einige Wochen vor den Referenden in Frankreich (29. Mai), Niederlande (Juni) und Großherzogtum Luxemburg läßt man die belgische Bevölkerung ohne Abstimmungsrecht. Aber noch ist es möglich, gegen die Bedrohung handeln, die sie wie alle dem gesellschaftlichen Fortschritt in Europa verpflichtetentrifft.

Die Parlamente in Belgien und Deutschland werden sich auch bezüglich der Ratifizierung des "Verfassungsentwurfs", der eine Verfassung in Europa schaffen soll, zu erklären haben.

Bei uns, wie anderswo auch, steht die Arbeitnehmerschaft einer Welle noch nie da gewesener Infragestellung der grundlegendsten sozialen Errungenschaften gegenüber.

Die französischen Arbeitnehmer/-innen stehen im Kampf gegen eine ganze Reihe von Gesetzen das eine schlimmer als das andere – in Bezug auf ihre Rente, das Gesundheitswesen, die Bildung usw.

Nicolas Sarkozy, großer Verteidiger einer "Verfassung", heute offen unterstützt von den Arbeitgeberorganisationen, stellt öffentlich die Existenz unbefristeter Arbeitsverträge in Frage und möchte die halbjährlichen oder jährlichen Verbesserungen zerstören, verurteilt damit alle zur Ungewißheit befristeter Verträge (ohne die entrechtenden Verträge aufzuheben).

Wenn es dieses in Frankreich gibt, glaubt man dann, dass diese Bedrohung für uns noch lange Theorie bleibt?

In Deutschland haben Regierung und Parlament die Hartz IV-Gesetze verabschiedet, die soziale Errungenschaften zerstören und die Arbeitslosen in 1-Euro-Jobs zwingen.

Überall – und der "Verfassungsentwurf" macht daraus ein Gesetz – zwingt man den Arbeitnehmer/innen Flexibilität auf (zu Gunsten der Arbeitgeber) und stellt die Wochenarbeitszeit in Frage.

Man schafft Feiertage ab, die es schon seit Jahrhunderten gibt (z.B. Pfingstmontag in Frankreich), und erhöht den Arbeitsdruck.

Den Entwurf der "Verfassung" zu akzeptieren bedeutet, die Arbeitgeber zu ermutigen und zu unterstützen, ihre Forderungen gegen die Arbeitnehmer/-innen täglich in den Betrieben und Büros voranzutreiben.

DIESE "VERFASSUNG" IST EINE SOZIALE KATASTROPHE!

- Man sagt uns, "die Verfassung beinhaltet soziale Vorteile" das ist falsch! Georges Debunne, früherer Generalsekretär des FGTB und früherer Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes, führt einen mutigen Kampf gegen den Entwurf, indem er klar und deutlich sagt: "Ich möchte sozial nicht zurück ins 19. Jahrhundert"
- Man sagt uns, "die Verfassung gibt den Öffentlichen Diensten eine gesetzliche Grundlage" – das ist falsch! Der Öffentliche Dienst, eine der Hauptstützen jeder Demokratie, wird als "Gemeinschaftswert" anerkannt, selbst im Vertrag von Nizza, der zur Zeit noch gültig ist. Diese Verpflichtung ist aufgehoben durch den "Verfassungs"-Entwurf, der in den Texten selbst den Begriff "Öffentlicher Dienst" eliminiert.
- Man sagt uns, dass "die Konkurrenz in allen europäischen Verträgen anerkannt worden ist" das ist falsch! Die Konkurrenz wurde im Gegenteil sehr eng eingefaßt im Europäischen Vertrag für Kohle und Stahl von 1951 und sie war nicht die einzige Achse des Ersten Römischen Vertrages. Im neuen Entwurf steht die Konkurrenz an erster Stelle, sie steht über allen anderen Werten!

Wir wollen ein Europa, in dem große öffentliche Aufgaben wahrgenommen und öffentliche Aufträge vergeben werden, damit der wirtschaftliche Aufschwung organisiert und die Arbeitslosigkeit bekämpft wird und in allen Mitgliedsländern die gleiche Krankenversicherung auf dem höchsten Niveau gerantiert wird.

Der "Verfassungs"-Entwurf verbietet Verschuldung durch Anleihen, spricht vom Aufschwung, aber begrenzt die Haushalte jedes Landes, schlägt nicht eine einzige Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit vor, die in der Euro-Zone 12,8 Millionen Arbeitnehmer/-innen (und fast 20 Millionen in der gesamten Union) betrifft – und verschärft sie noch durch den Bolkestein-

Richtlinien-Entwurf. Dieser liegt – trotz der lauten Reden der Regierungen – immer noch auf dem Tisch, droht überall Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst zu vernichten und organisiert gleichzeitig die Anpassung der Krankenversicherung auf niedrigstem Niveau, die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme.

All' das ist in einem rechtlichen Rahmen gefaßt, der, wie es in jeder existierenden Verfassung schon geschieht, ein nie dagewesenes Gewicht erhält – Dies umso mehr, als er die nationalen Rechte, selbst die verfassungsgebenden, unter die Kontrolle des Europarechts und insbesondere der Richter des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg bringt(was im Gegensatz steht zur deutschen und französichen Gesetzgebung!).

Wir freuen uns darüber, dass der Lütticher Bezirk der Sozialistischen Partei mit großer Mehrheit gegen den Entwurf der "Verfassung" gestimmt hat, der nicht ihren sozialistischen Hoffnungen entspricht.

Wir freuen uns auch, dass eine immer größer werdende Anzahl von Organisationen, Bürgern und Jugendlichen beschlossen hat, unserem Kampf zu folgen.

DER "VERFASSUNGS"-ENTWURF ZERSTÖRT ALL UNSERE HOFFNUNGEN

Diejenigen, die es zu behaupten wagen, das NEIN zur Europäischen "Verfassung" bedeute, "den Frieden in Europa in Frage zu stellen", erinnern wir daran, dass es die sozialen Errungenschaften sind, die die Basis für den Frieden in Europa bilden und dass Verschlechterungen noch nie den Frieden gebracht haben – ganz im Gegenteil!

Wir sind für die Aufrechterhaltung unserer Sozialversicherungssysteme und unserer Tarifverträge!

Wir wollen, dass die Arbeitnehmerrechte (Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsplatzsicherheit) und die sozialen Absicherungen (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter) geschützt werden.

Wir wollen die Aufrechterhaltung unseres Öffentlichen Dienstes, wie auch die unserer demokratischen Rechte!

Wir wollen eine qualifizierte Bildung und eine Zukunft für unsere Kinder und Jugend!

Wir stellen fest, dass die grundlegendsten sozialen Forderungen nicht erfüllt werden, wenn der Entwurf der "Europäischen Verfassung" ratifiziert wird.

Wir sagen: Grenzenlose Konkurrenz und Verschärfung der Konkurrenz in allen Ländern, die mit Verfassungsrang ausgestattet wird – die stellt eine wirkliche Bedrohung für den Frieden und das Verständnis der Menschen in Europa dar!

Aus diesem Grund unterstützen wir geschlossen die wirkliche französische Linke, die zum NEIN aufgerufen hat beim Referendum am 29. Mai. Deshalb wenden wir uns in den Ländern, in denen die Völker nicht das Recht haben, sich selber zu erklären, an die fortschrittlichsten Parlamentarier/-innen, gegen den Entwurf der "Verfassung" zu stimmen.

Deshalb sagen wir jedem Bürger, jeder Bürgerin: Es ist nicht zu spät! Aber es ist Zeit!

Schreibt an Eure Freunde und Bekannten, fragt sie, ob sie nicht am Kampf gegen den sozialen Rückschritt teilnehmen wollen und diesen Aufruf unterstützen.

Dieser Aufruf wurde gleichzeitig vom **Vorstand des Komitees** "Für das NEIN zur Europäischen Verfassung (Belgien)", von **Marc Dolez**, Abgeordneter und 1. Sekretär der Nordbezirke der Sozialistischen Partei Frankreich und **Eva Gürster**, Mitglied im Regionalvorstand Mittelrhein der Arbeitsgemeinschaft von Sozialdemokraten im Gesundheitswesen in der SPD, herausgegeben.

Das belgische Komitee "Für das NEIN zur Europäischen Verfassung" besteht aus:

Jean Marice Dehousse, ehem. Vize-Präsident der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, **Roberto Giarrocco**, Gewerkschafter und früherer Sekretär der Jungsozialisten in Belgien, **Philippe Larsimont**, Koordinator der MDT (Mouvement de Defense des Travailleurs), **Olivier Palmans**, Erster Delegierter der Gewerkschaft CGSP Telecomaviation Liege, **Antoine Ruggieri**, ehem. Gewerkschaftssekretär der FGBT Cockerill-Sambre

Ich unterstütze den Aufruf und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden:

Name	Adresse	Funktion	Unterschrift